

Adresspendent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 19. März 1932

Nummer 23

Abbruch der Tarifverhandlungen

Nach knapp 1 1/2-tägiger Dauer sind die am 15. März in Berlin ausgenommenen Verhandlungen der Tarifkommission für das deutsche Buchdruckgewerbe zur Erneuerung des vertragsrechtlich nur bis 31. März d. J. gültigen, aber durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 bis zum 30. April d. J. verlängerten Manteltarifs ergebnislos abgebrochen worden. Das negative Resultat dieser verhältnismäßig kurzen Verhandlungen, auf deren Verlauf wir anschließend noch näher eingehen werden, findet seine attemmäßige Begründung in Ursachen und Wirkungen folgender gegenseitiger Erklärungen der beiden Tarifparteien. Der erste Verhandlungstag fand in den Abendstunden seinen Abschluß mit folgender Erklärung von Unternehmenseite:

Die Gehilfenvertretung hat an die Prinzipalkität die Forderung gestellt, die Anträge des § 6 Ziffer 4a bis 4d ihres Tarifentwurfs zurückzuziehen, bevor überhaupt in sachliche Verhandlungen über die von den Tarifparteien gestellten Anträge eingetreten werden könne. Vor Erfüllung dieser Forderung lehne sie jede Verhandlung über den Tarifvertrag ab.

Diese ungewöhnliche und jeder tariflichen Übung widersprechende Forderung wird von der Prinzipalkität zurückgewiesen und ordnungsmäßige Verhandlungen über sämtliche Anträge gefordert.

Der zweite Verhandlungstag begann mit der Abgabe folgender gemeinsamer Gegenerklärung der beiden Gehilfenverbände:

Die Gehilfenvertretung stellt fest, daß von ihr nicht in einseitiger Weise nur die Zurückziehung der Anträge des Deutschen Buchdrucker-Vereins zu § 6 Ziffer 4a bis 4d (Lohnklassen, Sparten- und Ortszuschläge) seines neuen Tarifentwurfs als Voraussetzung für einen Eintritt in Verhandlungen über den materiellen Teil des Tarifs gefordert worden ist. Sie hat sich vielmehr bereit erklärt, gleichzeitig auch die von den Gehilfenorganisationen zu § 4 Ziffer 4a und 4b des jetzigen Tarifs gestellten Anträge zurückzuziehen.

Wegen der in den Anträgen des DBV zum § 6 seines völlig neuen Tarifentwurfs geforderten Lohnsenkungen müssen die Gehilfenverbände eine weitere Verhandlung über diesen Vertragsentwurf ablehnen. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Gehilfen nach der durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 geschaffenen Lage lassen solche Verhandlungen nicht zu.

Nach kurzer Sonderberatung der Unternehmervertreter im Anschluß an vorstehende gehilfenrechtliche Erklärung wurde von Unternehmenseite geantwortet, daß sie aus der Erklärung der Gehilfenseite nur entnehmen könne, daß diese auch weiterhin die Verhandlungen ablehne. Es müsse daher bei ihrer vorher abgegebenen Erklärung bleiben, und es bestehe keine Möglichkeit mehr, die Verhandlungen fortzusetzen. Hierauf wurde im Auftrag der gesamten Gehilfenvertretung der Antrag gestellt und kurz begründet, die Verhandlungen zu vertragen; was jedoch von Unternehmenseite mit Hinweis auf das zur Schlichtung von Gesamttätigkeiten über den Bestand und die Erneuerung des Tarifvertrags vorgesehene Zentralschlichtungsamt ebenfalls abgelehnt wurde. Von Gehilfenseite wurde jedoch kein Zweifel darüber gelassen, daß sie diese Instanz nicht anrufen werde, sondern es im Rahmen des paritätischen tariflichen Rechts den Unternehmern freistehende, in dieser Richtung zu tun oder zu lassen, was ihnen als das zweckmäßigste erscheine. Dem Verhandlungsleiter blieb danach nichts anderes übrig, als festzustellen, daß er keine Möglichkeit mehr sehe, die Verhandlungen fortzuführen. Der Verhandlungsantrag sei abgelehnt und damit Schluß der Verhandlungen eingetreten. Er hoffe jedoch, daß zu gegebener Zeit doch noch die Möglichkeit vorhanden sein werde, das Tarifwerk im deutschen Buchdruckgewerbe zu erhalten und das Gewerbe vor Anarchie zu bewahren!

Wenn wir nun nach dieser mehr formellen Tatsachensfeststellung zu einer konzentrierten Schlichtung des Verlaufs dieser weniger ideell als materiell ergebnislosen Verhandlungen der Tarifkommission übergehen, so möchten wir von vornherein den auf unserer Seite verbliebenen Gesamteindruck von dieser kurzen Tagung dahin zusammenfassen, daß die letztere sowohl in ihrem Auftakt wie in ihrem negativen Ausgang ein sehr dunkles Blatt in der langen Geschichte der alten Unternehmerorganisation des deutschen Buchdruckergewerbes sein und bleiben dürfte. Schon in voriger Nummer haben wir in dem Artikel „Tarifpolitische Verzerrungen“ nur wenige Punkte aus den auf dem Weg tariflicher „Auflockerung“ und „Verfeinerung“ der Arbeiterschaft des Buchdruckergewerbes zugemuteten Verschlechterungen ihrer bisherigen, ganz gewiß nicht rosigten Arbeits- und Lohnverhältnisse hervorgehoben. Aber schon diese knappe und teilweise noch zurückhaltende Auslese aus der Perlenkammer der mehr „rechts“ als sach- und sachfundenigen, legalen und illegalen Generaldirektorensparte des Deutschen Buchdrucker-Vereins und des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, die sich als die alleinige Herrin der Sitzung in Prinzipalskreisen des Buchdruckergewerbes zu fühlen scheint, haben vollauf genügt, elkte ungeheure Empörung in unseren Kollegenkreisen hervorzurufen. Und es wäre als lächerlich anzunehmen, daß sich wahrscheinlich heute schon kein Rädchen und keine Hand im großen technischen Wunderwerk des Buchdruckergewerbes mehr drehen oder rühren würde, wenn einer solchen klaren und eindeutigen Willensstundegebung aller deutschen Buchdruckergehilfen nicht die vernünftige Überlegung gegenüberstände, daß solche Torheiten im deutschen Buchdruckgewerbe niemals tarifliches Recht und noch weniger tarifvertragliche Pflicht werden können. In geschlossener Phalanx haben unsere Organisationsvertreter diesen ganz natürlichen Empfindungen der Kollegengehilfen in allen Phasen der Verhandlungen von der ersten bis zur letzten Stunde stärksten Ausdruck verliehen.

Zunächst handelte es sich darum, die merkwürdigen Ursachen auf Unternehmenseite dafür kennen zu lernen, warum der ganze bisherige Tarif, der auf einer durchaus logischen und zeitgemäßen Entwicklung aufgebaut ist, von Grund aus so auf den Kopf gestellt werden sollte, wie es die Prinzipalsvorlage vorsah. Dabei stellte es sich heraus, daß ein Rechtsgelehrter als neuer Syndikus des DBV, sich im bisherigen Aufbau des Tarifs gar nicht zurechtfinden konnte, weil ihm die fachtechnischen Eigenheiten der schwarzen Kunst, ihrer tariflichen und historisch gewordenen Beziehungen, wie ein Buch mit mehr als sieben Siegeln erschienen. Darum machte er aus dem bisherigen Tarif einen Zwiebelstichhaufen, stopferte dann darin herum und setzte es an verantwortlicher Stelle im DBV, durch, daß man auf Prinzipalsseite an die unbedingte „Notwendigkeit“ einer völligen Umfremplung aller bisher aus dem Buchdruckertarif in Fleisch und Blut der beiderseitigen Parteien übergegangenem Bestimmungen glauben sollte. Weniger als 50prozentigen Kosten der Arbeiterschaft sollten 100prozentige Pflichten gegenüberstehen. Daß das im Buchdruckertarif schon vor Jahrzehnten entwickelte Arbeitsrecht in Wirklichkeit Vorbild für die spätere und die allmähliche Entwicklung des allgemeinen Arbeitsrechts richtunggebend war, ist dabei entweder ganz übersehen oder gar nicht mehr als zeitgemäß erkannt worden. Wie bilde ich auf Kosten der menschlichen Arbeitskraft Kapital, wie entscheide ich dieses Kapital jedem Mitbestimmungsrecht seiner hauptsächlichsten Mitschöpfer und wie verhindere ich jede Möglichkeit, daß die persönlichen

Träger der menschlichen Arbeitskraft sich noch als denkende Menschen fühlen, sondern nur noch als vertragsrechtlich gebundene Ware auch tarifrechtlich beurteilt werden können? Das war und ist der eigentliche Inhalt des Kundenseies, aus dem der ebenso unwürdige wie juristisch verfleischerte Sklavenvertragsentwurf des DBV zu den diesmaligen Tarifverhandlungen für das deutsche Buchdruckgewerbe in das Licht dieser undankbaren Welt troch. Es ist wohl nicht zuviel gesagt, daß die in den ersten Stunden der Verhandlungen von unsern Vertretern durch Rede und Gegenrede aufgedeckte Vaterhaft dieses juristischen Wechselbalges unter den wenigen einsichtigeren Fachleuten auf Prinzipalsseite ehrlicher Weise wenig Beachtung fand. Ein Verschärfen erster Klasse dieser abwegigen Verküppelungen der bisherigen Tarifstruktur wäre deshalb gar nicht so schwer geworden, wenn es sich überhaupt noch im weiteren Gang der Dinge als nötig erwiesen hätte.

Aber es war gar nicht nötig. Unsern Vertretern lagen wichtigere und praktischere Dinge weit näher. Zum größten Verdruss der neuzeitlichen Tarifreformer auf Unternehmenseite setzten unsere Vertreter es nach und nach durch, daß in einer eintägigen Generaldebatte über die Hauptpunkte der materiellen und auch mancher grundsätzlichen Annahmen der heutigen Tarifpolitik des DBV eine gründliche Aussprache zustande kam und die andre Seite mehr und mehr genötigt wurde, wenn auch in teilweise stark widerprehender Form, Farbe zu bekennen. In der Frage der Arbeitszeitverkürzung zugunsten einer wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bekam man von Unternehmenseite nur die alten Vadenhüter zu hören. Danach soll in einer möglichst breiten Verteilung einer immer kleiner zu bemessenden Lohnsumme ohne jede weitere Belastung oder Inanspruchnahme jedes Unternehmerrisikos noch die einzige Rettung der Betriebe vor weiterem Verfall zu suchen sein. Daß eine solche Eisenbarke der heutigen Marasmus der privatkapitalistischen Wirtschaft nur noch verstärken würde, und diese selbst ihrem letzten Ständlein nur um so schneller entgegenreibt, wurde nur deshalb nicht als richtig anerkannt, weil man auf Unternehmenseite immer noch auf weitere Verzichtsleistungen auf Kulturbedürfnisse der Arbeiterschaft spekuliert; ohne dabei zu bedenken, daß das Buchdruckgewerbe als Kulturfaktor in erster Linie unter solchen Kulturrückschritten nur noch mehr zu leiden hätte. Man scheute sich sogar auf Unternehmenseite nicht, zuzugeben, daß man eine jahrelange Hinausschiebung der Gewährung des tariflichen Spitzenlohns nach der Zahl der Berufsjahre bei Nichtmitberechnung der dazwischen liegenden Arbeitslosigkeit im Auge habe. Also, auf deutsch gesagt, noch eine Bestrafung der jüngeren Arbeitslosen wegen einer durch Arbeitslosigkeit verursachten Entwertung oder Verringerung der beruflichen Leistungsfähigkeit! Diese geradezu an Gewissenlosigkeit grenzende Zumutung wurde von unsern Vertretern durchweg aufs schärfste zurückgewiesen. Ferner wurde der unter dem Deckmantel einer wirtschaftlich bedingten Ermäßigung der Ortszuschläge verpackte weitere umfangreiche Lohnabbau zunächst von Unternehmenseite als harmlos bezeichnet, schließlich aber doch als „ehrliche“ Ablicht zugegeben und von Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit bekämpft.

Daß unter solchen Umständen von einer Möglichkeit ernsthafter Beratung nur der wichtigsten Punkte im Verlauf der Verhandlungen für unsere Vertreter immer weniger übrig bleiben konnte, braucht wohl hier nicht mehr näher erläutert zu werden. Und daß es die Kollegenschaft im ganzen Reich mit Recht nicht mehr hätte verstehen können, wenn nach Feststellung dieser geradezu unverantwortlichen Zumutungen der Gehilfenseite gegenüber auch nur noch eine Stunde länger auf dieser Basis weiter verhandelt worden wäre, glauben wir als selbstverständlich voraussetzen

zu müssen. Trotz des besten Willens aller Organisationsvertreter der Gehilfenschaft, einen völlig ergebnislosen Abbruch der Verhandlungen so lange wie irgend möglich zu vermeiden, blieb ihnen schließlich doch nichts anderes übrig, als, wie wir schon in voriger Nummer angedeutet haben, eine inmerhin nicht ganz gefahrenlose Freiheit auf tariflichem Gebiet einer entehrenden Knechtschaft für die Zukunft unbedingt vorzuziehen, und daher lieber auf eine Fortsetzung solcher Verhandlungen zu verzichten. Das ist, in knappen Zügen beleuchtet, der heutige Stand der Dinge auf tariflichem Gebiet im deutschen Buchdruckgewerbe. Ob nun das nach dem bis zum 30. April d. J. noch geltenden Tarifrecht als letzte tarifliche Instanz vorgehenden Zentralarbeitsratsamt, dessen Anrufung die Unternehmer am Schluß dieser denkwürdigen Entscheidung tarifpolitischer Verzerrungen auf ihrer Seite verlangten, eine Lösung finden wird, bleibt zunächst dahingestellt. Auf der bis jetzt gegebenen Basis wird und kann dies für die Gehilfenschaft sicher nicht möglich sein!

Kommunistische Verblödung

In der ersten Beilage ihrer Nr. 55 vom 13. März spinnt die "Rote Fahne" unter dem Titel "Neuer Manteltarif im graphischen Gewerbe" im Anschluß an einen links-kommunistischen Auszug aus dem Tarifvertragsentwurf des Deutschen Buchdrucker-Bereins über die Tarifpolitik ihres Vorstandsvorstandes folgenden Wortsinn zusammen: "Dem Vorstand des Buchdruckerverbandes sind die Absichten der Unternehmer seit langem bekannt. Hinter dem Rücken der Kollegen haben sie bereits ihre Anträge gestellt. Trotzdem hat er den neuen Unternehmervorstoß vor den graphischen Arbeitern geheim gehalten. Erst aus dem Organ der Unternehmer erfährt sie jetzt plötzlich, was geplant ist. Diese Tatsache allein beweist schon, daß sie den Unternehmern helfen wollen, weitere Verschlechterungen des Manteltarifs durchzusetzen". Dabei wußte jeder Kollege schon seit Wochen, was auf Unternehmerseite an grobem Unfug auf tariflichem Gebiet geplant ist. Nur die Schriftgelehrten der "Roten Fahne" scheinen davon keine Spur einer Ahnung zu haben; sonst würden sie solchen Wortsinn nicht verapfen. Daß der genaue Wortlaut der Unternehmeranträge von den Unternehmern am liebsten möglichst bis zur letzten Stunde vor Zusammentritt der Verhandlungsförperschaft geheim gehalten werden möchte, ist ebenwomöglich neu, wie auch die Tatsache, daß der gegenseitige Austausch der beiderseitigen Anträge der Tarifparteien vereinbarungsgemäß acht Tage vor Beginn der Verhandlungen erfolgen muß. Inwiefern Kollegen ist das ebenfall, nicht neu, und nicht der "Widerspruch" in der "Roten Fahne" nicht "nicht" "Ankennt" "Eint" "hüpfliche" "Anfrage auch beim radikalsten KGD, "Janarkitt" unter dem Personal der "Roten Fahne" hätte christlicherweise dies wahrscheinlich ohne weiteres bestätigt. Auch daß die Anträge der Buchdruckerarbeiter nicht von oben einfach diktiert wurden, wie das auf kommunistischer Seite üblich zu sein scheint, sondern sich auf wochenlang vorher gemachte Vorschläge aus Versammlungen einzelner Mitgliedschaften stützt, ist zwar selbstverständlich, kann aber anscheinend von der geistigen Leitung der "Roten Fahne" nicht tapiert werden, weil ein solches Mitbestimmungsrecht ihren Horizont übersteigt. Die tarifpolitischen Skinglungen der "Roten Fahne" brauchen das alles nicht zu wissen. Für sie und ihre phantastische KGD gilt es ja nur, die Arbeiterchaft nach Möglichkeit zu verwirren, um dann im trüben fischen und parteipolitische Beistände aufzuführen zu können. Daß der erfolgte Abbruch unserer Tarifverhandlungen alle diese Schwindelereien der "Roten Fahne" als unheilbaren Widsinn erkennen läßt, brauchen wir wohl nicht noch deutlicher zu beweisen!

Eisenbarkeit an der Sozialversicherung

Seit Jahr und Tag rufen die deutschen Unternehmer nach einer Revision der "untragbaren" Sozialversicherung. Untragbar — obwohl die Arbeiter die Beiträge zur Krankenversicherung zu zwei Dritteln, die zur Invaliden-, zur Knappschaffts-, zur Angestellten- und zur Arbeitslosenversicherung zur Hälfte tragen müssen. Lediglich die Unfallversicherung läßt die versicherten Arbeiter von der Beitragszahlung frei. Aber auch der Beitragsteil, der sich ein bis zu fasten des Unternehmers geht, wird lediglich mit vorenthaltenem Arbeitslohn bezahlt. Es ist selbstverständlich, daß das Unternehmertum den Sozialbeitrag auf die Produktionskosten schlägt und so auf die Konsumenten abwälzt. Abgesehen von den heute gar nicht mehr seltenen Fällen, in denen einzelne Unternehmer nicht nur ihren eigenen Beitragsteil, sondern auch den den Arbeitern vom Lohn gezinsten Beitragsteil einfach nicht abließen und glatt unterschlagen.

Unter der Revision der Sozialversicherung verstehen die menschenfeindlichen Unternehmer die Verschärfung der Versicherungsleistungen. In der Arbeitslosenversicherung ist vom Versicherungscharakter fast nichts mehr übriggeblieben, und das Ziel der Reformerei ist offenbar, in jedem Unterfall die Bedürftigkeitsfrage entscheiden zu lassen. Wenn früher über eine Notlage der Arbeitslosenversicherung geklagt wurde, so ist sie, wie weiter unten ziffermäßig nachgewiesen wird, längst behoben. Für die Krankenversicherung hat eine solche Notlage überhaupt nie existiert. Außer der im Reichsarbeitsministerium beschäftigten Angehörigen der Unternehmerrang

Eine neue Werbeprämie

Für die Werbung von zwei Mitgliedern gibt die Büchergilde Gutenberg die sonst nicht erhaltliche Neuerscheinung »Daumier«, reich illustriert, 206 Seiten.

überhaupt kein Grund vor, die ganze Krankenversicherung auf den Zustand von 1884 zurückzuführen — zum empfindlichsten Schaden der Versicherten und — der Fürsorgeverbände.

Der plumpe Eingriff in die Unfallversicherung, die Schutzlosmachung der meisten Wegeunfälle und die Beseitigung der zahlreichen kleinen Renten, ist mit der ausgesprochenen Unternehmerfreundlichkeit des deutschen Reichsarbeitsministeriums abgestempelt. Nicht minder empörend sind die „Gemeinsamen Vorprojekte“ der vorläufig letzten Notverordnung, wonach nicht nur die Rentenzustufung für Kinder über 15 Jahren, auch wenn sie dauernd außerstande sind, sich selbst zu ernähren, sondern auch die Renten selbst wegfallen, wenn sie mit längerem als einmonatigem Krankengeld aus der Sozialversicherung, aus der Unfallversicherung oder mit Aufgehob u.v.a. aus versicherungsfreier Beschäftigung zusammenfallen. Das Reichsarbeitsministerium will damit der Invaliden-, Knappschaffts- und Angestelltenversicherung, welche letztere alljährlich mehrere hundert Millionen Mark Überschüsse macht, auf die Beine helfen? Nein, es soll der Anspruch aus ganz verschiedenartiger Doppelversicherung grundsätzlich vernichtet werden; obwohl der Versicherungs- und Beitragszwang zu den verschiedenen Versicherungsarten natürlich forstehen bleibt. Es handelt sich hier um eine generelle Verneinung der Bedürftigkeitsfrage, die offenbar in der ganzen Sozialversicherung maßgebend werden soll, obwohl sie völlig unveränderbar mit dem Prinzip der Versicherung ist.

In diesen Tagen brüten die modernen Gesetzgeber über die weitere Umgestaltung der Sozialversicherung, bei der es vor allem der Invaliden-, Knappschaffts- und Angestelltenversicherung an den Krügen gehen soll. Um die objektive Beurteilung der Qualität der kommenden „Wohltaten“ zu erleichtern, mag die nachfolgende, auf amtliche Quellen gestützte Übersicht über den Umfang und die finanzielle Entwicklung der verschiedenen Versicherungseinrichtungen hier Platz finden:

Krankenversicherung

	1928	1929	1930
Versicherte in Tausend	21 602	20 056	20 344
Durchschnitt. Krankengeld	4,1%	4,2%	5,5%
Zahlung. Krankengeld (in Tausend)	2 423	2 602	2 183
Einnahmen in Mill. M.	3 100	3 100	3 082
Ausgaben in Mill. M.	3 008	3 008	3 082
Überschub in Mill. M.	92	101	100
Vermögen in Mill. M.	701	800	925

Der Unterschied zwischen dem Überschub der Einnahmen über die Ausgaben und dem Vermögenszuwachs ist bei den Krankenkassen auf Abschreibungen, die in den Ausgaben nicht enthalten sind, zurückzuführen.

Unfallversicherung

	1928	1929	1930
Versicherte in Tausend	28 944	29 056	29 000
Rentenzahlung in Tausend	978	1 025	1 053
Verl. gewerkschaftl. Betriebe	656 880	1 077 101	1 110 245
Versicherte landw. Betriebe	4 005 800	4 605 300	4 605 300
Einnahmen in Mill. M.	398	400	423
Ausgaben in Mill. M.	376	311	420
Aber- und Zuschub in Mill. M.	+18	+19	-6
Vermögen in Mill. M.	216	315	300

Die Zahl der versicherten landwirtschaftlichen Betriebe ist der letzten Berufszählung vom Jahre 1925 entnommen.

Invalidenversicherung

	1928	1929	1930
Versicherte in Tausend	18 000	18 000	18 000
Rentenzahlung in Tausend	9 096	9 240	9 518
Einnahmen in Mill. M.	1 202	1 285	1 125
Ausgaben in Mill. M.	806	981	1 071
Überschub in Mill. M.	396	304	55
Vermögen in Mill. M.	1 278	1 382	1 087

Nach den bisherigen Schätzungen betragen im Jahre 1931 in der Invalidenversicherung die Gesamteinnahmen 910 Mill. M., die Gesamtausgaben 1130 Mill. M., so daß sich das Vermögen auf 1417 Mill. M. verringerte.

Knappschaffts- und Angestelltenversicherung

	1928	1929	1930
Versicherte	720 315	710 061	644 322
Rentenzahlung	844 361	944 505	337 561
Einnahmen in Mill. M.	109	223	167
Ausgaben in Mill. M.	192	196	202
Aber- und Zuschub in Mill. M.	+4	+7	-35
Vermögen in Mill. M.	77	155	120

1929 erfuhr das Vermögen durch Zahlung des Reiches von 51 Mill. M. aus Lohnsteuerüberschüssen eine Aufbesserung, 1930 aus derselben Quelle um rund 26 Mill. M. 1931 ist das Vermögen auf 53 Mill. M. gesunken.

Knappschaffts- und Angestelltenversicherung

	1928	1929	1930
Versicherte	49 792	49 312	48 266
Rentenzahlung	22 025	22 631	24 271
Einnahmen in Mill. M.	34	30	35
Ausgaben in Mill. M.	15	20	28
Aber- und Zuschub in Mill. M.	+1	+7	-3
Vermögen in Mill. M.	19	28	24

Auch der knappschaffts- und Angestelltenversicherung sind 1929 und 1930 einige Millionen Mark aus den Lohnsteuererträgen zugewendet worden. Ende 1931 war das Vermögen wieder auf 19 Mill. M. gesunken.

Angestelltenversicherung

	1928	1929	1930
Versicherte	3 310 000	3 400 000	3 500 000
Rentenzahlung	152 423	167 805	226 306
Einnahmen in Mill. M.	389	471	512
Ausgaben in Mill. M.	121	161	189
Überschub in Mill. M.	268	310	323
Vermögen in Mill. M.	1 900	1 310	1 633

1931 ist das Vermögen auf 1879 Mill. M. angewachsen.

Die Arbeitslosenversicherung

hat bis Ende Mai 1931 fortgesetzt erhebliche Zuschüsse aus der Reichskasse erfordert, die sich 1930 auf 600 Mill. M. stellten. Infolge der Beitragserhöhung auf 6 1/2 Proz. des Lohnes und der Abhebung der Versicherten auf die Krisenfürsorge und Wohlfahrtsunterstützung erhielten die Monatsabflüsse der Arbeitslosenversicherung vom Monat Juni 1931 ab ein weitesthändiges Aussehen. Es wurden in den Monaten Juni bis November 1931 Überschüsse erzielt von 4, 8, 45, 35 und 27 Mill. M., während der Monat Dezember 1931 wieder mit einem Fehlbetrag von 2 Mill. M. abschloß. Die Zahl der Beitragszahler beträgt jetzt rund 12 Millionen, die der Arbeitslosen mehr als 6 Millionen. Am 15. Januar 1932 erhielten Hauptunterstützung aus der Versicherung 1 779 113 Personen, aus der Krisenfürsorge 1 547 419 Personen.

Nach diesen amtlichen Rechnungsergebnissen kann eine Notlage lediglich für die Invaliden- und Knappschafftsversicherung anerkannt werden. In der Invalidenversicherung ist die Defizitwirtschaft erst mit dem Jahre 1931 entstanden, in der Knappschafftsversicherung besteht sie schon länger und wurde nur durch Reichszuschüsse zum Teil ausgeglichen. Aber wenn sind die entstandenen Fehlbeträge zu verdamnen? Die Antwort muß dem gesamten Unternehmertum mit aller Rücksichtslosigkeit eingehämmert werden. Sie lautet: der famosen Rationalisierung und der Wirtschaftskrise und weiter dem noch glanzvolleren Lohnabbau!

Nach mehr als 40jährigem Bestehen der Versicherung nimmt die Zahl der Rentenansprüche weiter zu. Der sogenannte Beharungszustand ist noch nicht erreicht. Auf der andern Seite ist aber die Zahl der regelmäßigen Beitragszahler dadurch erheblich vermindert worden, daß 6 Millionen Arbeiter auf die Straße gesetzt wurden. Auch der Durchschnittsbeitrag ist herabgedrückt worden infolge des Lohnraubes, unter dem die Gesamtheit der Versicherten zu leiden hat. Denn das Unternehmertum nimmt die Kapitalisierung der noch beschäftigten Versicherten nach Maßgabe des gestirzten Lohnes vor. Da hat es auch wenig Zweck, der Finanzmühsere durch Aufbau neuer Versicherungsklassen mit erhöhten Beiträgen abzuhelfen zu wollen, wenn nur wenig Versicherte die erhöhten Beiträge zahlen. Viel richtiger ist das Mittel, das die Unternehmer vorschlagen, indem sie sagen: Setzt den Rentenzugabebeitrag und die Steigerungssätze herab! Das dadurch zunehmende Elend läßt sie laut.

So darf es nicht gemacht werden. Aber der Gesetzgeber kann Abhilfe schaffen, wenn er nur will und das ganze Beitragswesen in der Sozialversicherung auf eine neue Grundlage stellt. Rationalisierte Betriebe zeichnen sich durch erhöhte Produktivität und größeren Profit aus. Die angewandte Maschinentechnik entfernt zahlreiche Arbeiter aus dem Betrieb. Ist es da von dem Betriebsunternehmer, der trotz vermindertem Arbeiterzahl ebensolcher oder mehr produzieren läßt, zuviel verlangt, für die mangelnden Arbeiter wenigstens die Versicherungsbeiträge weiter zu zahlen? Nicht die Zahl der noch beschäftigten Arbeiter soll maßgeblich sein, sondern das für das auch maschinell gelieferte Produktionsquantum notwendige Durchschnittsmaß menschlicher Arbeit muß für die Höhe des Beitrags maßgeblich werden.

Das wäre wirklich einmal ein sozialer Tat, aber etwas völlig Neues wäre es auch für die deutsche Sozialversicherung nicht. Denn nach § 990 der Reichsversicherungsordnung gilt seit 1911 für die landwirtschaftliche Unfallversicherung die Bestimmung: „Die Beiträge werden umgelegt nach dem durchschnittlichen Durchschnittsmaß der menschlichen Arbeit (Arbeitsbedarf) und ihrem Wert.“

Leipzig. Otto Pollender.

Korrespondenzen

Ansbach. Am 12. Februar fand unsere Jahreshauptversammlung statt. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden Kriege war zu entnehmen, daß die Wirtschaftslage sehr drückend auf unsern Ortsverein laftet. Beweisen doch bei einem Mitgliederstand von 72 Kollegen und 5 Invaliden 4234 Arbeitslosentage, auf 32 Kollegen verteilt, den Tiefstand des örtlichen Buchdruckergewerbes. Von den noch beschäftigten Kollegen sind die meisten Kurzarbeiter mit 30 bis 43 Arbeitsstunden. Trotz des großen Ausfalls von Arbeitslohn haben die Kollegen die im September 1930 eingeführte Sonderunterstützung für Arbeitslose durch Leistung von nicht geringen Extrabeiträgen aufrecht erhalten. In einem wöchentlichen Unterstufungsausschuß von 3 bis 5 M. wurden die Sonderbeiträge in Höhe von 1897 M. reiflos an erwerbslose Kollegen abgeführt. Außerdem erhielten die Invaliden eine Weihnachtsgabe von 70 M. und 340 Durchschreiben das ungekürzte Ortsgehalt in Höhe von 1 M. Die Versammlungen hatten einen Durchschnittsbesuch von 80 Proz. aufzuweisen. Der Kasienbericht des Kassiers Schöb erwies einen weiteren Vermögensschwund von über 100 M. aus. Zur Kündigung des Manteltarifs wurde Stellung genommen und einige Anträge zu den Manteltarifverhandlungen gestellt. Um die arbeitslosen Kollegen auch weiter unterstützen zu können, wurde außer dem Ortsbeitrag von 25 Pf. ein gestaffelter Extrabeitrag von 25 Pf. aufwärts bis zu 1,65 M. einstimmig beschlossen. Das Orts-

gefehlt für Durchreisende muß in Anbetracht der gesunkenen Einnahmen ab 1. April von 1 M. auf 50 Pf. für alle Reisenden gesenkt werden. Die Neuwahl des Vorstandes ergab keine Veränderung. Neben andern Tagesordnungspunkten, die rasch ihre Erledigung fanden, befristete man sich mit der „Eisernen Front“. Der Vorsitzende des Reichsbanners, Körner, sprach über Zweck und Ziele der Eisernen Front und betonte die Notwendigkeit, daß der letzte Gewerkschaftler sich einreihen, wenn wir die Infiltration der vereinigten Reaktion siegreich abwehren wollen. Damit fand die sehr harmlos verlaufene Versammlung ihr Ende.

Augsburg. Unsere Generalversammlung am 13. Februar erfreute sich eines verhältnismäßig guten Besuchs. Zunächst wurde das Andenken dreier verstorbenen Kollegen geehrt. Vorsitzender Stier erstattete sodann einen kurzen Rückblick über das abgelaufene Geschäftsjahr, das im Zeichen wirtschaftlichen Niederganges stand. Rund 70 bis 100 Arbeitslose zählten wir im Jahresdurchschnitt, außerdem arbeitete eine größere Anzahl Kollegen verlust. Not und Elend mehrten sich in ungeheurer Maße. Und das neue Jahr mit seinem unerhörten Lohnabbaue verheißt uns nichts Besseres. Der Bericht des Kassierers wies eine Minderung des Ortsvereinsvermögens aus. Der Mitgliederstand betrug Ende 1931 356 Gehilfen und 71 Lehrlinge. Es folgten noch die Berichte der Gewerkschaftsbelegierten, des Jagenausflusses und des Lehrlingsleiters. Die beiden letzteren konnten erfreuliche Erfolge aufweisen. Die Neuwahl ergab die Wiederwahl der alten Vorstandschäft. Wichtig bei der Wahl der Lehrlingsleitung und der Gewerkschaftsbelegierten ergaben sich keine Änderungen. Zu den kommenden Manteltarifverhandlungen wurden mehrere Anträge eingereicht, die eine Änderung der Überstundenzulage und der Lehrlingszulage erbitten. Für eine Studienfahrt nach München und als Beleg für die den Materialkosten wurde den Teilnehmern des Erwerbslosenkurses ein entsprechender Zuschuß aus der Ortsschatz bewilligt. Mit dem Appell an alle Mitglieder, trotz der schweren Zeit ihren Mann zu stellen und sich einzureihen in die „Eiserne Front“ der Werttätigen gegen Sozialismus und vollständige Entzweiung der Arbeiterchaft, fand die Versammlung ihren Abschluß.

Baden-Baden. Unsere Generalversammlung am 24. Januar hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Unter dem vielseitigen Material unseres Vorsitzenden Bener interessierte vor allem die Mitteilung über eine Gerichtsverhandlung, der die Kollegen mit Spannung entgegen gesehen hatten. In dieser wurde der unzulässige bekante ehemalige Prinzipal Pfeiffer wegen mehrjähriger Nichtnehmens der Inhabitenmarken zu 300 M. Geldstrafe oder 30 Tagen Haft verurteilt. In dem nun folgenden, bis ins kleinste detaillierten Jahresbericht des Vorsitzenden marschierten dann all die Vorgänge des abgelaufenen Vereinsjahres in treffenden Worten an unserm geistigen Auge vorüber. Auch die Berichte des Jagenausflusses und der Lehrlingsabteilung bewiesen, daß in unserm Ortsverein reges Leben pulsierte. War schon die Lage des alten Jahres am Orte höchst prekär, so wurde sie im neuen Jahr geradezu katastrophal. Die Arbeitslosigkeit griff in nie gekannten Formen um sich; denn 55 Proz. der Kollegen sind zum Feiern verurteilt. Dieser Umstand; und nicht zuletzt die Tatsache, daß bisher an ausgefehlte und bezugsberechtigte Kollegen das Quantum gegeben wurde, wirkte auf unsere Kasse katastrophal. Die hierfür ausgegebene Summe beträgt 200 M. Von der Ortsschatz wurden für die arbeitslosen Kollegen 125 M. bewilligt, und durch freiwillige Spenden konnten den ausgefehlten Kollegen ein weiterer Betrag ausgehändigt werden. Leider mußten auch zwei Kollegen ausgeschlossen werden, und zwar einer wegen Reiserens und der andere wegen Streikbruchs. Die Neuwahlen brachten nur unwesentliche Veränderungen. Außerordentlich erfreulich war es, daß sich Kollege Heimbeck als Kassierer wiederum zum heute wichtigsten Ressort zur Verfügung stellte. Ein großes Arbeitspensum hatte er in abgelaufenen Geschäftsjahr mit einer ihm eigenen Liebe und Feinsichtigkeit geleistet, wofür ihm der herzlichste Dank ausgesprochen wurde. So hinterließ unsere Generalversammlung einen guten Eindruck. Wir hatten es mit den eindringlichen Worten unseres Vorsitzenden am Schluß der Versammlung: „Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten!“

Bamberg. Zu unserer Generalversammlung am 13. Februar waren 46 Kollegen erschienen. In seinen Begrüßungsworten bedauerte der Vorsitzende den schlechten Besuch. Hierauf gab Kollege Schäfer den Jahresbericht. Ausgehend von der Weltwirtschaftskrise, kam er auf die Arbeitslosigkeit innerhalb unseres Gewerbes und des Ortsvereins zu sprechen. Im Berichtsjahr waren 42 Kollegen mit insgesamt 7893 Tagen arbeitslos. Die meisten Druckereien arbeiteten fast das ganze Jahr hindurch verlust. Der Mitgliederstand beträgt 126. In Zwinalden haben wir noch 8. Einem verstorbenen Kollegen wurde ein kleines Gedächtnis gewidmet. Aus dem Bericht des zweiten Vorsitzenden ging hervor, daß der Mitgliederstand der Lehrlingsabteilung 19 beträgt. Diesen wurden durch Sonderkurse an den Sonnabendenden die berufliche Fortbildung ermöglicht. Der Kassierende, vom Kassierer gegeben, war gut zu nennen. Der gesamte Vorstandschäft wurde Entlastung erteilt. Mit Ausnahme des zweiten Schriftführers wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt. Zum Punkt „50jähriges Jubiläum“ teilte der Vorsitzende mit, daß die Malgänschenervereinigung Bamberg im Bezirksverein Nürnberg gleichzeitig auf ihr 50jähriges Bestehen zurückblicken kann. Beide Feste sollen am ersten Osterfesttag der Zeit entsprechend in würdiger Weise abgehalten werden. Unter „Verschiedenem“ wurde ein Antrag zur Tarifrevision auf Einführung der Vierzigstundenwoche angenommen. Es folgte noch eine Aussprache über verschiedene Restanten.

Barmen. Ein Vortrag des Bürgermeisters Paul Sauerbreij (Ohlig) über „Das neue Ausland“, der im Mittelpunkt unserer Versammlung am 12. Februar stand, bewirkte wieder ein volles Haus. Der große Beifall, der dem Referenten zuteil wurde, drückte einerseits das große Interesse aus, das man dem aktuellen Thema entgegenbrachte, andererseits aber den Dank an den Referenten, der diesem Thema in unparteiischer, vornehmer Art gerecht wurde. Der Redner beleuchtete das neue Ausland in seinem Vortrag vom strukturellen, psychologischen und politischen Standpunkt aus. Zusammenfassend lautete

seine Auffassung: In Rußland konnte keine andre Staatsform als die gegenwärtige das zaristische Regime ablösen. Das heutige russische System hat wenig gemein mit Bolschewismus; es ist vielmehr ein Staatskapitalismus. Die Arbeiterchaft im zivilisierten Europa (besonders in Deutschland) muß dieses System für sich ablehnen. Sie erstrebt den Sozialismus als demokratischer Grundlage. Dem russischen Fünfjahresplan müssen wir die größte Aufmerksamkeit und Achtung entgegenbringen. Auch wenn dieser nicht ganz durchgeführt werden konnte, muß man die gigantische Leistung bewundern. Die Arbeiterchaft hat ein Interesse an dem Aufstieg der russischen Wirtschaft und des russischen Volkes. Ein Mißlingen des Erfolges gäbe den Gegnern des Sozialismus Veranlassung, dieselbe dafür verantwortlich zu machen. Den übrigen Punkten der Tagesordnung wurde aber nicht weniger Aufmerksamkeit geschenkt. Unter „Geschäftlichem“ gab Vorsitzender Bellingerath Kenntnis von der erfolgten Kündigung des Manteltarifs; weiter erklärte er die Beitragsleistung bei Kurzarbeit und wies auf einige Verantwortungen hin. Dem Kassierer wurde für seinen Kassierenbericht einstimmig Entlastung erteilt. Eine Reihe von Änderungsanträgen für die Revision des Manteltarifs wurden dem Gauvorstand überwiesen. Diese Anträge, die Bestimmungen über Arbeitszeit und Lehrlingsstala betreffend, haben zum Ziel, die Arbeitslosigkeit zu dämmen. Nachdem der Vorsitzende noch auf eine Kündigung der „Eisernen Front“ hingewiesen hatte, fand die interessant verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Bremen. In der Versammlung unseres Bezirksvereins am 17. Februar gedachte Bezirksvorsitzender Gohert zunächst ehren des verstorbenen Kollegen. Unter „Verschiedenem“ gab der Vorsitzende sodann die Gründe des Verbots der hiesigen Nazizeitung bekannt, das sich auf vier Wochen erstreckt. Wiederum muß auch diesmal zum Ausdruck gebracht werden, daß das Verbot nicht die Schuld trifft, sondern nur zum Schaden der Arbeiter ausläuft; denn mehreren Kollegen wurde schon einen Tag vor dem Verbot die Kündigung zugestiftet. Dann nahm die Versammlung den Jahresbericht des Lehrlingsleiters Dersch entgegen. Seine Ausführungen ließen erkennen, daß die berufliche und gewerkschaftliche Durchbildung der Lehrlinge als Hauptaufgabe angesehen wurde. Der Durchschnittsbesuch der durchgeführten Veranstaltungen zeigt aber, daß das nötige Interesse hierfür nicht immer vorhanden war, was auch zum Teil auf die Zerplitterung der Jugend zurückzuführen ist, denn jede Organisation und jeder Verein glaubt die Jugend unbedingt für sich in Anspruch nehmen zu müssen. Die Versammlung billigte die Tätigkeit des Lehrlingsleiters und Kollege Dersch wurde auch für dieses Jahr wiedergewählt. Hierauf wurde Stellung zur Kündigung des Manteltarifs genommen. In einleitenden Worten wies Vorsitzender auf die prinzipialseitige Kündigung hin und gab in seinen weiteren Ausführungen die eingegangenen Anträge zur Änderung des Manteltarifs bekannt, die dann nach erfolgter Aussprache angenommen und dem Gauvorstand zur weiteren Bearbeitung zugewiesen wurden. Eine längere Debatte rief wieder der Antrag hervor, der bereits in voriger Versammlung von Mitgliedern der G.W.P. gestellt war, daß auch den G.W.P.-Gewerkschaftlern das Vorkaufsrecht zu Versammlungen und zur Verfügung stehen müsse, was bis jetzt von der Hausverwaltung unterlag ist. Diese Angelegenheit fand noch keine Klärung und wird wahrscheinlich in der nächsten Versammlung Gegenstand weiterer Erörterungen sein. Unter „Verschiedenem“ machte der Vorsitzende auf die bevorstehende Hauptversammlung der Frauenverbände aufmerksam und gab ein Schreiben des D.O.B. bekannt, das zum Eintritt in die „Eiserne Front“ auffordert.

Darmstadt. Unsere gut besuchte Bezirksversammlung am 14. Februar erheute zunächst das Ableben eines verstorbenen Kollegen. Unter „Mitteilungen“ wurde bekanntgegeben, daß ab 1. Februar die Überleitung unseres paritätischen Arbeitsnachweises an das Arbeitsamt Darmstadt befugelt wurde. Der von beiden Parteien abgeschlossene Vertrag wurde gelesen und von der Versammlung formell einstimmig gutgeheißen. Etwaige Beschwerden in der Bemittlung können beim Gutachteramt vorgelagert werden. Hoffen und wünschen wir, daß durch die Frauvermittlung in der Person unseres Kollegen Brand eine ersprießliche Tätigkeit ausgelöst wird. Der Bezirksvorsitzende machte aufmerksam auf den Eintritt in die „Eiserne Front“. Drei Kollegen wurden auf Antrag des Vorstandes von der Versammlung einstimmig ausgeschlossen wegen Meistens. Charakteristisch ist, daß die betreffenden Kollegen trotz wiederholter Mahnung keine Veranlassung nahmen, ihrer Pflicht zu genügen, wogegen sie aber die gute Zeit in unfruchtbarer Weisheit ausnutzten. Ein in letzter Versammlung gefällter Ausschluß wurde nach eingehender Klärung revidiert. Dann folgte als Hauptpunkt der Vortrag des Herrn Dr. Rihmann (Frankfurt am Main) „Die Notwendigkeit der Gewerkschaften in der Krise“. Ausgehend von der Selbstverständlichkeit, daß nicht nur in Konjunkturzeiten, sondern gerade in der Krise die Gewerkschaften notwendig seien, ging der Referent auf die heutige Konjunkturkrisis ein. Die wahnwitzige Nationalisierung und die sich seit Kriegsende entwickelnde Preissteigerung zeigten kontrastlich die Drosselung des Reallohnes. Die Überproduktion der überlebenden in Landwirtschaft wie Industrie beschleunigte die Krise des Kapitalismus. Die Ausrüstung der Zollmauern vermindere den Export, aber auch empfindlich den Import. Das wachsende Mißtrauen der Besthenden entwirf die irrationale Kreditperre, und das ewige Evangelium des Kapitals in seiner Pathologie sei Lohnsenkung. Diese Systemkrise sei die Ursache des Niederganges von 40 Millionen Menschen, aber auch vielleicht die Endkrise. Die Logik des Wissens erfordert deshalb, ankommen mit Mühen und Jähnen an die Schicksalsgemeinschaften der Gewerkschaften. Der zukünftige Kampf geht hart auf hart, und es gelte nicht nur zu leben, sondern zu marschieren. Beschlüsse und dankbare Aufnahme fand der Redner für seine riefstehenden und schreidenden Ausführungen. Die im Druck vorliegende Abrechnung vom vierten Quartal fand Erledigung durch einstimmige Entlastung unseres Bezirkskassierers.

Dortmund. Unsere Hauptversammlung des Bezirks am 14. Februar war außerordentlich gut besucht. Die Eröffnungsbeiträge des Kollegenvereins „Typographia“ verliehen der Versammlung einen harmonischen

Auftakt. Zwei verstorbenen Kollegen wurde ein ehrendes Gedächtnis gewidmet. Unter „Geschäftlichem“ folgte die Entgegennahme verschiedener Mitteilungen, die vorwiegend lokalen Charakter trugen. Der Kassierenbericht wurde vom Kollegen Koppfeler erstattet. Die Entlastungserteilung erfolgte einstimmig. Am 31. Dezember 1931 waren 245 Kollegen im Dortmunder Bezirk arbeitslos. Die Weihnachtsbesuche aus der Bezirkskasse erforderten die Summe von 3025 M. Der Dortmunder Ortsvereinsvorstand wurde wiederum in seiner Gesamtheit auch als Bezirksvorstand bestätigt. Zu den Manteltarifverhandlungen erstreckte sich die Antragstellung auf Miebergung des Anrechts der Vergangenheit, hervorgerufen durch staatlichen Eingriff zugunsten des Unternehmerruns. Ferner wurde bezogen, in dem künftigen Tarif notwendige Verbesserungen durchzuführen. Unter zweiter Gauvorführer Chr. Fette (Köln) referierte über das Thema „Gewerkschaften und Notverordnungen“. In seinen Ausführungen behandelte er die Maßnahmen der Brüningregierung und unterzog die Notverordnungen einer scharfen Kritik. Lohnabbau durch Diktat der Reichsregierung, Preisfestlegung im minimalsten Ausmaß, keine Befreiung der Arbeitslosigkeit, sondern als Folge nur weitere Verschärfung seien die Auswirkungen auf wirtschaftlichem Gebiet. Aus innen- und außenpolitischen Gründen sei gegenwärtig trotzdem das Gebot der Stunde für die Arbeiterchaft, einig zusammenzutreten. Der Referent schloß mit der Aufforderung zur Eingetragung in die „Eiserne Front“ und erteilte lebhaften Beifall für seine lehrreichen Ausführungen. Die eingehende Debatte war sachlich und wurde in kollegialem Geist geführt. In der kritischen Betrachtung der Notverordnung waren sämtliche Diskussionsredner mit dem Vortragenden einig. Hinsichtlich der Preisfestlegung und bezüglich der Notwendigkeit weiterer Tolerierung gingen die Ansichten allerdings diametral auseinander. Die Annahme einer Entschleunigung, die die Gewerkschaftsführung zu entsprechendem Handeln verpflichtet, wurde abgelehnt, nachdem der Gauvorführer sowie Bezirksvorsitzender Kollé wärmstens für Ablehnung plädiert hatten. Die nächste Versammlung findet in Hamm in Westfalen statt.

Dresden. (Drucker.) Unser Hauptversammlung am 14. Februar ging vornehmlich eine Besprechung des Kreisverstandes mit den Bezirksvorsitzenden voraus. Interne Kreisangelegenheiten vom abgelaufenen Geschäftsjahr wurden nochmals behandelt und Richtlinien für das kommende Jahr beschloffen. Die gut besuchte Versammlung wickelte sich nach schriftlich getauer Vorarbeit glatt ab. Mit einem Willkommengruß an die Anwesenden eröffnete Vorsitzender Lehmann die Versammlung. Er begrüßte die Vertreter des Gauvorstandes, die Sparten- und Bezirksvorsitzenden. Als Ergänzung des gedruckten Jahresberichts streifte er all die Erscheinungen des vergangenen Jahres, besonders die Überflutungsfähigkeit. Er könne es nicht verstehen, daß sich trotz der großen Arbeitslosigkeit noch Kollegen bereitfinden, weit über die gefällige Arbeitszeit hinaus zu arbeiten. Er schloß seinen Bericht mit einem Appell an die Kollegen zu reger Mitarbeit. In der anschließenden Debatte ging Gauvorführer Schlimann in längerer Ausführung auf die Überstundenfrage ein und befristete am Schluß seiner Rede; daß bei Überschreitung der Arbeitszeit die betreffende Firma und auch die Kollegen mit Strafanzeige belegt würden. Kollege Leibert gab einige Ergänzungen zum Kassierenbericht. Im Vergleich zu den letzten Jahren wirkte sich auch hier die Krise aus, so daß der Vorstand beschloffen habe, das Jahrgeld an arbeitslose Mitglieder etwas zu kürzen. Nach der Entlastung des Kassierers erfolgte einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes. Nach Erledigung der Tagesordnung fand ein Vortrag über Kunstdruckpapiere und Naturpapiere für Buchdruck statt. Vortragender war Herr Dr. Dietrich von der Papierfabrik Krause & Baumann. Nach dem Vortrag entwickelte sich eine lebhafteste Diskussion, in der zum Ausdruck kam, daß das von den Referenten Versprochen drucktechnisch in der Praxis in den meisten Fällen nicht erreicht werden könnte. Durch reichen Beifall dankten die Anwesenden dem Referenten.

Duisburg-Samborn. Am 20. Februar fand hier unsere Bezirksversammlung statt. Der Besuch war gut. Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen wurde die Neubekleidung des Vorstandes bekanntgegeben. In üblicher Weise erfolgte dann die Ehrung verstorbenen Kollegen. Der Kassierenbericht lag gedruckt vor. Einstimmig fand der Antrag auf Entlastung des Kassierers Annahme. Aus den Jahresberichten war das reichste Maß der Arbeit des Vorstandes zu erkennen. Im Bericht des Vorsitzenden Müllen sollten die Geschäfte des Vorjahres noch einmal vor unsern Augen ab. In klarer Weise gab er ein Bild der ungeheuren Belastung des Arbeitsamtes, der Wirtschaftslage und der damit verbundenen starken Verminderung der Arbeitsplätze. Lebhaft begrüßt wurden die geforderten Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit auf dem Frankfurter Gewerkschaftstongress. In seinen weiteren Ausführungen wandte sich der Vorsitzende der Lage im Bezirk zu. Die Prinzipialmaßnahmen, den Leistungslohn zu kürzen, wurden durch die Geschlossenheit der Kollegen zum größten Teil abgewehrt. Der Jahresbericht des Kassierers Dr. Faust bildete die ungeheuren Belastungen und die unausbleibliche Folge der Zuschüsse, um die Zahlungen zu ermöglichen. Der Schiedsamtbericht des Kollegen Meurer gab in klaren Zügen Aufführung über eigenartig gelagerte Fälle. Überaus erfreulich waren die Mitteilungen des Lehrlingsleiters Prinz. Es ist erfreulich, zu hören, daß von der Entwicklung der Lehrlingsabteilung nur Gutes für die Zukunft zu erwarten ist. Verschiedene Anträge zur Änderung der Bezirksleitung und zu den Manteltarifverhandlungen wurden einstimmig angenommen. Es folgte noch die Erledigung örtlicher Angelegenheiten unter „Verschiedenem“.

Erfurt. (Sandzieher.) Am 14. Februar fand hier die dritte Vorstandskonferenz der Handsekervereinigung im Gau Thüringen statt. Vertreten waren die Ortsgruppen Altenburg, Eisenach, Erfurt, Gera, Koburg, Jena, Langensalza, Naumburg, Rudolstadt und Weimar. Als Gast war Gauvorführer Wilsang erschienen. Es war eine reichhaltige Tagesordnung zu erleben. Kollege Schäfer (Weimar) als Vorsitzender der Gauvereinigung gab einen umfassenden Situationsbericht über das Gewerbe im allgemeinen

und die Sparte im besondern. Der Wunsch der zweiten Vorstandskonferenz in Weimar, für weiteren Aufstieg der Sparte, ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Die völlig daniederliegende Wirtschaft, Lohnabnahmsmaßnahmen, Kurzarbeit und Betriebskürzungen, die der gesamten Arbeiterschaft und ihrer Fortentwicklung hemmend im Wege stehen, haben auch in unsern Vereinen ihre Spuren hinterlassen. Durchschnittlich 50prozentige Arbeitslosigkeit, ja Vereinigungen mit 99prozentiger Arbeitslosigkeit sind zu verzeichnen. Von 1826 Handsetzern im Gau waren 702 arbeitslos und 353 Kurzarbeiter. Im Hand der Verbandstatistik vom 9. Oktober 1931 wurden Einzelheiten über die Entlohnung der Handwerker im Gau gegeben. Daß infolge dieser katastrophalen Verhältnisse an eine Migration nicht zu denken war, wird jedem verständlich sein. Wir sehen unsere vornehmste Aufgabe darin, das bis jetzt Erreichte in eine bessere Zukunft hinüberzusetzen. Das Rundschreiben der Zentralkommission „Aufhebung der Beitragspflicht für Kranke und arbeitslose Mitglieder ab 1. Quartal 1932“ fand allgemeine Zustimmung. Kollege Bonfils gab den Kassienbericht, der mit einem Bestand von 283,70 M. abschloß. Die Aussprache, die auf einer beachtlichen Höhe stand, ergab die Anerkennung der vom Vorstand geleisteten Arbeit. Aber die kommenden Mantelartikelforderungen referierte Kollege Wislaug. Die eingegangenen Anträge hierzu wurden beraten und dem Gauvorstand zur Weiterleitung überreicht. Aus den Berichten der Ortsgruppen war eine rührige Tätigkeit zu erkennen. Überall war eine gute Zusammenarbeit mit dem Bildungsverband zu verzeichnen. Als Entschädigung für die Delegierten wurden von der Gauvereinigung Jahrgeld und Mittagsgeld bewilligt. Infolge der großen Ausdehnung des Gauwes wurden im Vorjahr zwei Wanderversammlungen abgehalten. Die Abhaltung von Wanderversammlungen im Jahr 1932 wurde dem Vorstand der Gauvereinigung überlassen. Als Ort der vierten Vorstandskonferenz wurde Naumburg bestimmt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Konferenz mit dem Wunsch auf weiteres gutes Zusammenarbeiten geschlossen.

Hensburg. In unserer Versammlung am 14. Februar hörten wir nach Erledigung der übrigen Punkte einen Vortrag des Kollegen Vorenzen (Kiel) über „Streikrecht durch das Arbeitsrecht“. Die mannigfaltigen Ausführungen zeigten den Kollegen, wie man sich in den verschiedenen Lagen verhalten muß, um zu seinem Recht zu gelangen. Die rege Aussprache war ein Beweis, daß die Anwesenden dem Vortrag mit Interesse gefolgt waren. Bei der Tarifrevision hofft man nicht nur das Bestehende zu erhalten, sondern Verbesserungen zu erringen. Wir haben hier an der Nordgrenze zur Zeit bei 110 Mitgliedern 58 Arbeitslose.

Göttingen. Unsere Generalversammlung am 13. Februar war von nur 80 Kollegen besucht. In einem ausführlichen Jahresbericht kennzeichnete Kollege Kramer nochmals das verfloßene Jahr. Auch in unserm Ort hatten wir sehr unter der Wirtschaftskrise zu leiden. 15 Kollegen wurden arbeitslos durch den Konkurs der „Niederwiesingischen Morgenpost“. Kurzarbeiter hatten wir fast das ganze Jahr zu verzeichnen. Der Durchschnittsbesuch der Versammlung betrug 46 Kollegen. Mit dem Appell, sich nicht gegenseitig zu bekämpfen, sondern gemeinsame Arbeit zu leisten zum Wohle unsres Verbandes, schloß der Vorsitzende seinen Bericht. Unsere Zahlstelle wurde von 333 bezugsberechtigten und 419 ausgesetzten Kollegen berührt. Bei der Vorstandswahl lehnte der erste Vorsitzende, der sein Amt elf Jahre bekleidet hat, eine Wiederwahl ab, an seiner Stelle wurde Kollege Richter gewählt. Neu bezeugt wurde wieder das Amt des Lehrleiters. Auf eine 50jährige Mitgliedschaft konnte Kollege Frick zurückblicken. Von der Versammlung wurde eine Entschädigung zu den Mantelartikelforderungen angenommen.

Seidenheim (Württ.). Unsere Generalversammlung am 1. Februar war von 22 Mitgliedern besucht. Vorsitzender Schmidt erstattete einen umfassenden Jahresbericht. Der durchschnittliche Mitgliederbestand betrug im verfloßenen Jahre 37. Die Berichte des Kassierers und des Lehrleiters gaben ein klares Bild über die Fülle der geleisteten Arbeit. Die Neuwahlen brachten nur eine Änderung in der Besetzung des Schriftführerpostens. Über die Verteilung der Rückvergütung entpand sich eine lebhafte Debatte. Aus der Mitte der Versammlung wurden Stimmen laut, daß verschiedene Posten ehrenamtlich geführt werden könnten. Die dadurch ersparten Gelder müßten in der jetzigen schweren Zeit mit so viel arbeitslosen Kollegen bester Bestimmung zugeführt werden. Eine entsprechende Resolution in dieser Sache soll auch an den Gau weitergeleitet werden. Es folgte noch die Erledigung einiger interner Angelegenheiten.

Heilbronn. In unserer Jahreshauptversammlung am 20. wurde zunächst dreier verstorbenen Kollegen ehrend gedacht. Der gebürtige vorliegende Jahres- und Kassienbericht, verbunden mit den Berichten der verschiedenen Sparten, war ein guter Wegweiser durch das gesamte Tätigkeitsgebiet des Ortsvereins. Der Versammlungsbesuch und das Interesse der Kollegenhaft an den Tagesfragen war sehr reg. Die Verhilfsabteilung unter Leitung unsres streblamen Kollegen Emil Gerlach beschäftigt zu den besten Hoffnungen. Bei rund 300 Mitgliedern, von denen beinahe ein Drittel aus dem Produktionsprozeß gedrängt sind, bezieht sich der Gesamtjahresumsatz der Kassee auf 100.000 M. Eine nette Summe, die unser geplagter Kassierer zu verwerten hatte; aber Kranken-, Invaliden- und namentlich Arbeitslosenunterstützungen waren die traurige Veranlassung, daß nur wenig Mühe „hängen bleibt“. Die bisher an Durchreisende und Arbeitslose geleistete außerordentliche Extrazustellung kann nur noch geleistet werden, solange „Vorrat reicht“. Die Bezüge der Funktionäre wurden um 20 Proz. gekürzt und die Sitzungsgelder um 50 Pf. gekürzt. Trotz Anterhö, die in unserm aufgeregten Tages- und Berufsleben zu nebenbei mitzuführen, wurde dem Gesamtverband durch einstimmige Wiederwahl erneutes Vertrauen entgegengebracht. Ein Antrag zur Neubearbeitung des Mantelartikels, daß angelehnt der katastrophalen Entwidlung auf dem Arbeitsmarkt die Beibehaltung der heutigen Verhilfsmaßstäbe eine Unmöglichkeit geworden, wurde einstimmig angenommen. Es darf nicht ständige Erscheinung werden, daß Neuausgewählte nur Nachwuchs für „Stempelstellen“ sind. Wenn in unserer Versammlung trotz

ausgiebiger Aussprache ein gewisser warmer Einschlag vorherrschte, so war das prächtige Lied unsres Gesangsvereins „Gutenberg“, „Tempel im Walde“, bestimmend hierfür.

Geißrungen a. N. (S. d. H. e. r.) Unsere Hauptversammlung fand am 6. Februar statt. Aus dem Jahresbericht des Vorstehenden war zu entnehmen, daß im vorigen Jahr gut gearbeitet worden ist. Der Kassienbericht ließ ein gutes Arbeiten des Kassierers erkennen. Die Entlohnung des Kassierers sowie des Vorstandes erfolgte hierauf einstimmig. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Von der Aufstellung eines festen Jahresprogramms wurde für dieses Jahr Abstand genommen. Die Veranstaltungen sollen nach anfallenden Arbeiten von Fall zu Fall vom Vorstand festgelegt werden. Weiter wurde noch zu den Mantelartikelforderungen Stellung genommen. Nach Erledigung einiger anderer Punkte wurde die gutbesuchte Versammlung vom Vorstand mit der Bitte geschlossen, im kommenden Jahr am weiteren Ausbau mitzuarbeiten.

Kaiserslautern. (Maschinensetzer.) Unsere Generalversammlung fand am 14. Februar statt. Sie erreichte sich einen guten Verlauf und nahm einen harmonischen Verlauf. Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes war zu entnehmen, daß auch bei uns die Spuren der Krise sich sehr scharf ausdrücken. Kurzarbeit und Lohnabbau waren die Begleiterscheinungen des ganzen Jahres. Im abgelaufenen Jahr konnte unser Klub auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Der Mitgliederbestand hielt sich auf 34. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des Gesamtverbandes. Als Delegierte zur Generalversammlung der Gauvereinigung wurden zwei Kollegen bestimmt. Ein Antrag auf Beitragsherabsetzung verfiel der Abstimmung. Bezirksvorsitzer Wang hielt uns sodann einen Vortrag über „Tarifliche Rechtssprechung“. Im Hand von gefälligen Rechtssprüchen, hauptsächlich in Maschinensetzerangelegenheiten, wußte der Referent seinen Vortrag außerordentlich interessant zu gestalten und sicherte sich dadurch eine aufmerksame und dankbare Zuhörerschaft. Unter „Verhilfeneinem“ wurde über eine geplante Beschäftigung der Stempelischen Schriftsetzerei gesprochen, die am Fronleichnamstag durchgeführt werden soll. Mit einem Appell an die Kollegen zum Eintritt in die „Eiserne Front“ wurde die Versammlung geschlossen.

Königsberg. In unserer gut besuchten Generalversammlung am 14. Februar gab Vorsitzender Huber zuvörderst bekannt, daß unser Kollege Alex von falschköpfigen Jünglingen überfallen wurde. Der Schnellrichter hatte wiederum ein gutes Herz für den Messerstecher und verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis. Vor Erstattung des Geschäftsberichts gedachte man nochmals der Toten des Jahres und dann streifte der Vorsitzende die wesentlichen Ereignisse. War schon das Jahr 1930 ein schweres Krisenjahr, so stellte sein Nachfolger doch noch alles in den Schatten. Aber allem schwebte das ganze Elend, die dauernde Arbeitslosigkeit für ein Drittel der Kollegenhaft an Ort. Der Kampf gegen den unberechtigten Lohnabbau und für Unterbringung der Erwerbslosen führte wegen Heranziehens einer Anzahl „Christen“ zu keinem Erfolg. Trotz der fortschreitenden Arbeitslosigkeit ließen sich einige Prinzipale nicht lösen in der Überbreitung der Lehrlingskassa. Die Dreyfusische Handwerkskammer ist so geliebte wie sie vor hundert Jahren war; die keine Verbesserung für die Gefährten in bezug auf Verhilfsleistung hat sie bis heute nicht geschafft. Alle Versuche, auch in Königsberg ein WDWd zu gründen, sind an dem harten Widerstand der Buchdrucker gescheitert; dieses Pfändchen ist langsam verrottet. Zeitungserbote kamen auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wiederum vor. Die Klagen gegen Unternehmer vor der Arbeitsgerichts ereichten einen ungeahnten Umfang — ein Zeichen, daß mit den Königsberger Prinzipalen fast nichts mehr im Guten zu vereinigen ist. Andernfalls könnte auch noch ihr Syndikus arbeitslos werden. Der Parole des DDB, auf Leistungsulagenabbau wurde hier bereitwillig entgegengekommen, und die großen Zeitungsbetriebe zeichneten sich noch besonders aus. Als ein Arbeiter wurde die ganze „Schiffle“ bezeichnet, von der die Unberührt nicht das geringste gehört hat. Der mit Unterstützung der Behörden ausgangs des Jahres eingeleitete Fraßlehrkurs für jugendliche Erwerbslose fand bei unsern Kollegen die beste Aufnahme; es beteiligten sich 80 Jungkollegen. Für diesen Zweck wurde uns auch die modern eingerichtete Druckerei der „Königsberger Volkszeitung“ zur Verfügung gestellt. Als Lehrer in diesem Kursus beteiligten sich die Kollegen Balzer, Horth, Bartel, Wolfsgesfahr, Keupel und W. Krepmin in aufopfernder Tätigkeit. Die Zahl der durchreisenden Kollegen übertraf alle vorangegangenen Jahre und stellte große Anforderungen an die Ortsliste. Sämtliche ausgeleiterte Lehrlinge traten in unsere Reihen ein. Der Extrabesuch zur Unterstützung der ausgeleiterten Kollegen wurde fast einstimmig beschlossen; nur die arbeitenden Kollegen stimmten hierüber ab. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt, ebenso die Lehrleiters. Zum Schluß beschäftigte sich man noch mit Anträgen für die bevorstehende Mantelartikelforderung, und einmütig kam zum Ausdruck, daß manches in unserm Tarif faul und daher verbesserungsbedürftig sei. Anbehang verzeichnen müßten auch die Seidesämter, in welchen unsre Gegenseite ganz verfallen hat, wie früher mal in diesen Stellen festgestellt wurde.

Konstanz. Unsere Generalversammlung am 30. Januar war nur schwach besucht. Der Vorsitzende übermittelte den Dank der arbeitslosen Kollegen für das Weihnachtsgeschenk und brachte ein Rundschreiben des Verbandes vor. Die Zahl der durchreisenden Kollegen übertraf alle vorangegangenen Jahre und stellte große Anforderungen an die Ortsliste. Sämtliche ausgeleiterte Lehrlinge traten in unsere Reihen ein. Der Extrabesuch zur Unterstützung der ausgeleiterten Kollegen wurde fast einstimmig beschlossen; nur die arbeitenden Kollegen stimmten hierüber ab. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt, ebenso die Lehrleiters. Zum Schluß beschäftigte sich man noch mit Anträgen für die bevorstehende Mantelartikelforderung, und einmütig kam zum Ausdruck, daß manches in unserm Tarif faul und daher verbesserungsbedürftig sei. Anbehang verzeichnen müßten auch die Seidesämter, in welchen unsre Gegenseite ganz verfallen hat, wie früher mal in diesen Stellen festgestellt wurde.

Generalversammlung am 14. Februar war ebenfalls nur schwach besucht. Der Geschäfts- und Kassienbericht wurde einer gerechten Kritik unterzogen. In der Unterstützung der ausgeleiterten Durchreisenden wurde eine Änderung verlangt und eingehend besprochen. Es wurde ferner ein Antrag auf Ausarbeitung eines Bezirksstatuts gestellt. Die Vorstandswahl wurde wiedergewählt und die Jurisdiktion der Remuneration mit Benützung entgegengekommen. Als Delegierte für den Gau wurden drei Kollegen gewählt. Kollege Hassenfranz vom Gauvorstand hielt hierauf ein sehr interessantes Referat über „Die gegenwärtige Lage“ und streifte dabei auch die Mantelartikelforderungen. Als Versammlungsort der Sommer-Bezirksversammlung wurde Radolfzell bestimmt, wo zugleich die 25jährigen Jubiläen der Ortsvereine Radolfzell und Singen gefeiert und Jubilare geehrt werden sollen. Von den Bezirkskollegen wurde besonders der Wunsch ausgeprochen, daß sich die Konstanzter Kollegenhaft daran vollständig beteiligen möge. Dem Antrag der Maschinensetzerpartei im Bezirk um einen Zuschuß von 30 M. wurde nach längerer Debatte erst zugestimmt, nachdem dem Bildungsverband für ein Wettbewerbs-Ausschreiben 15 M. gebilligt worden waren.

Krefeld. Unsere Bezirksversammlung am 21. Februar war aus allen Orten gut besucht. Sie wurde mit einigen Rednern der Krefelder „Typographia“ eröffnet. Der Vorsitzende ehrte zunächst das Andenken eines verstorbenen Kollegen. Unter „Mitteilungen“ wurde Kenntnis genommen von einem für das Lehrlingswesen ungünstig ausgefallenen Reichsarbeitsgerichtsurteil bezüglich der Abzugsberechtigung vom Kostgeld für die Zeit des Besuchs der Fachschule. Weiter wurde auf die Bildung der „Eiserne Front“ hingewiesen, in die alle Kollegen ohne Ausnahme sich einreihen müßten. Der Vorsitzende gab sodann auf das „Barum“ der „Eiserne Front“ ein und betonte, daß die Buchdrucker auf Gebeh und Verdrub mit der Gesamtarbeiterschaft verbunden seien, was bedeutet, an einem Strang zu ziehen, um die Gellike der „Braunen Pest“ auf Zerhählung der Gewerkschaften zu machen. Lauteheit und Schmutzkünste passen in die heutige Zeit nicht hinein. Kollege Vitus (Rheydt) konnte die Mitteilung machen, daß die Rheydter Kollegenhaft geschlossen für die „Eiserne Front“ eintrete. Dem Kollegen Wewen (Rheydt) wurden noch nachträglich von der Versammlung die herzlichsten Glückwünsche ausgeprochen für seine 25jährige Tätigkeit innerhalb des Rheydter Vorstandes, wovon 21 Jahre auf die Kassierertätigkeit entfallen. Sodann wurde die Beschäftigung des Vorstandes vorgenommen und dieser in der alten Besetzung anerkannt. Hierauf wurde vom Vorsitzenden der Jahresbericht erstattet. Auch das Jahr 1931 brachte keinen Lichtblick. Die Zahl der Erwerbslosen am Jahresanfang von 246 Kollegen stieg mit Ende des Jahres auf 394, was eine Arbeitslosigkeit im Bezirk von 58 Proz. ausmacht. Neben dem Lohnabbau wurde auch der Leistungslohn in mehreren Betrieben ganz oder teilweise in Weg gebracht. Eine Reihe von Streitfällen, die ausgetragen werden müßten, fielen zum größten Teil für uns günstig aus. Das Verweilen bei zu rege und der Versammlungsbesuch im Bezirk und in den Orten konnte durchweg als gut bezeichnet werden. Besprechende Vorträge und Lichtbildabende halfen hierzu. Dem Jahresbericht ergänzte sodann noch Kollege Stapper mit einigen Zahlenmaterial, aus der der erhöhte Ausgabe und Mindereinnahme klar hervortrat. Der Kassienbericht, der gedruckt vorlag, sowie der Kassienbericht vom dritten Quartal, der wegen Ausfalls einer Versammlung nicht zur Abstimmung kam, wurden angenommen und die beantragte Entlastung des Kassierers erteilt. Den Hauptverhandlungspunkt bildeten die „Anträge zur Tarifrevision“, wozu eine reiche Aussprache einsetzte. Von dem Vorhaben der Unternehmerhaft auf Herabsetzung des Sozialkassensatzes wurde mit Unterstützung Kenntnis genommen und dementsprechende Anträge gestellt. In einer Zeit steten Lohnabbau und Verhilfsleistungen oder Art ohne fühlbaren Preisabbau muß es heißen: „Bis hierher und nicht weiter“, und so wurde dem Verbandsvorstand empfohlen, den Verhandlungsweg zu verlassen, wenn es nur um Verhilfsleistungen ginge. Die Erörterung der Kollegenhaft wachte von Tag zu Tag mehr. Leidenschaftlich sprachen sich sämtliche Redner gegen die fortwährenden Verhilfsleistungen aus.

Leipzig. (S. d. H. e. r.) Am 18. Februar fand unsere Hauptversammlung statt. Nach Ehrung unsrer verstorbenen Mitglieder und nach einigen Vereinstmitten erstattete Vorsitzender Hofmann einen Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr. Er führte u. a. aus, daß das Jahr 1931 der gesamten Arbeiterschaft große Enttäuschungen gebracht hat. Infolge der Notverordnungen ist die Machtposition der Arbeiterschaft ganz besonders eingeschränkt. Unsere Prinzipale mühen diese für sie günstige Situation in einer Weise aus, die jedes soziale Empfinden vermissen läßt. Trotzdem ist es bis jetzt in fast allen Fällen durch festes Zusammenhalten der Kollegenhaft und mit Unterstützung des Gauvorstandes und der Betriebsräte gelungen, die Versuche unsrer Unternehmer, den Leistungslohn abzubauen, abzuwehren. Weiteren Versuchen müße der größte Widerstand entgegengeleitet werden. Die bevorstehende Mantelartikelforderung werde aller Wahrscheinlichkeit nach für die Kollegenhaft manche Überraschungen bringen. Auf die Aufgaben der Sparte im kommenden Jahr übergehend, führte der Vorsitzende aus, daß sich unsre Versammlungen wie bisher hauptsächlich mit Spezialberufen und tariflichen Fragen beschäftigen werde. In nächster Zeit finden auch Diszussionsabende mit den Maschinensetzer- und Druckerkollegen statt. Diese Zusammenkünfte sollen den Zweck haben, neben dem Einblick in die zeitgenössigen Eigenschaften dieser Gruppen gemeinsame Ausprägungen über das berufliche Zusammenarbeiten in den Betrieben herbeizuführen. Nach Bekanntgabe einiger tariflicher Mitteilungen erstattete Kollege Trappel den Kassienbericht, der trotz aller Ängste der Verhältnisse als befriedigend bezeichnet werden konnte. Anschließend wurde dem Kassierer sowie dem Gesamtverband Entlastung erteilt. Besonders Interesse erregte der Bericht der Verhilfskommission, ebenfalls durch Kollegen Trappel. In 45 Fällen wurde an hiesige und auswärtige Kollegen (Beschwerde und Gewißigkeits) Auswurf erteilt. So manche Differenzen zwischen Seiger und Gesellschaftung konnten auf diese Weise beseitigt werden. An Hand von einwandfreiem Material konnte wiederum der Beweis

erbracht werden, daß gerade in der heutigen Zeit, in welcher das Kapital Leistung und Lohn eine so wesentliche Rolle spielt, der Lehrgang „Vom Berechnen im Handlab“ für alle Handsegerkollegen eine Notwendigkeit sei. Die alsdann vorgenommene Wahl des Vorstandes und der Ersatzleute ergab die einstimmige Wiederwahl der bisher amtierenden Kollegen. Auch die Neuwahl eines Kassenschrifters fand ihre glatte Erledigung. Im kommenden Jahr amtiert unser Vorsitzender wiederum als Vertreter im Geworbestand. Nach Erledigung der Wahlen und Neubesetzung der Jahresabschlusskommission für den Vorstand wurden die Anträge der Zentralkommission sowie einige neue Vorschläge zur Anlage A für die bevorstehende Manteltarifrevision behandelt. Nach genügender Information wurde die Hauptversammlung mit einem Appell zur kräftigen Mitarbeit geschlossen.

Andwingshausen a. M. Unsere gut besuchte Generalversammlung am 6. Februar eröffnete Vorsitzender Weigelt mit begrüßenden Worten. Nach Aufnahme zweier Kollegen aus der Zehrlingsabteilung gab er unter „Geschäftlichem“ ein Schreiben vom hiesigen Arbeitsamt wegen fundenweiser Beschäftigung arbeitsloser Kollegen bekannt. Uns unser achter Geburtstag wurde wie im vergangenen Jahr der Fronleichnamstag bestimmt. Der Johann vom Vorsitzender gegebene Jahresbericht ließ erkennen, daß im abgelaufenen Jahr manche Betriebsverhältnisse notwendig war, um tarifliche Angelegenheiten, Abwauersuche der Leistungsgruppen und Kurzarbeit zu erledigen. In den meisten Druckereien ist Kurzarbeit eingeführt und eine größere Druckerei fast abwechselungsweise aus neben Kurzarbeit. Auch die kommenden Manteltarifverhandlungen wurden kurz gestreift. Den Kassenschriftler am vierten Quartal 1931 gab Kollege G e i g e r, wobei festgestellt werden konnte, daß sich im abgelaufenen Jahr Einnahmen und Ausgaben stabil gehalten haben. Der Geschäfts- und Kassenschriftler wurde ohne Kritik gutgeheißen und der Vorstand für Entlastung erteilt. Einem Antrag des Gewerkschaftsvereins „Gutenberg“ um Gewährung eines Darlehens von 100 M. wurde nach Begründung durch dessen Vorstand von der Versammlung zugestimmt. Festlegung einer dem Vorstand zur Verfügung stehenden Summe für unvorhergesehene Ausgaben wurde dahingehend erledigt, daß die Hälfte des jeweils vorhandenen Vermögens dafür festgesetzt wurde. Die Aufstellung der Kandidaten für die Bezirksvorstandschaft, die zugleich Ortsvorsstandschaft ist, erfolgte auf Antrag in der bisherigen Besetzung, ebenso die der Kartelldelegierten und Revisoren. Unter „Verschiedenem“ wurde auf einige Veranstaltungen hingewiesen, ebenso vom Gewerkschaftsvorstand aufgefordert, den Verein durch aktive Tätigkeit zu unterstützen. Auf die Zehrlingsentlohnung in diesem Jahr ist besonderes Augenmerk zu richten. Mit den Worten des Dankes für gut geleitet und einer regen Ansprache fand die Versammlung ihren Abschluß. Für die Bezirksgeneralversammlung wäre ein noch besserer Besuch zu wünschen.

Neustadt a. d. S. Unsere Bezirkshauptversammlung fand am 14. Februar hier statt. Bei der Eröffnung konnte Vorsitzender B i r g h a n 86 Kollegen und unser Geworbesten Conradi (Manheim) begrüßen. Er betonte, daß der gewerkschaftliche Organisationsgeist immer noch auf der Höhe sei, trotz der wirtschaftlichen Notlage unseres Gewerbes, was ja der Besuch der Versammlung zur Genüge bewiese. Nach der Begrüßung gedachte der Vorsitzende ehrend eines verstorbenen Kollegen. Aufgenommen wurden drei Kollegen. Ausgeschlossen wurden sechs Mitglieder, davon fünf in einer Kaszindruckerei Beschäftigte, wegen allzu großer Beitragsrückstände. Den darauffolgenden Jahresbericht gab in sachlicher Weise der Vorsitzende. Er schilderte in eindringlichen Worten die Organisationskämpfe im vergangenen Jahr, durchweg waren es untarifliche Zustände in verschiedenen Druckereien, die zu Konflikten führten mußten. Arbeitsgerichtsverhandlungen und gelangene Verhandlungen in den verschiedenen Betrieben kennzeichneten die Kämpfe, die unsere Organisation das letzte Jahr hat durchfechten müssen. Zur Ehre des Bezirksvorstandes sei hier erwähnt, daß er in den schwierigsten Fällen der Gehilfschaft zu ihrem Rechte verholten hat. Die alte Vorstandschaft wurde einstimmig wiedergewählt. Die Opposition hatte es vorgezogen, wieder einmal der Versammlung fern zu bleiben, um im neuen Jahr die alten Mängel zu beseitigen. Die Vorstandschaft wird sich nicht beirren lassen, sie wird ihre Pflicht tun wie bisher. Geworbesten Conradi ergriß noch kurz das Wort, um über die Kündigung des Manteltarifs durch die Prinzipale zu sprechen. Seine Ausführungen klangen dahin aus, daß der Verband die erworbenen Rechte mit aller Deutlichkeit verteidigen werde. Dazu sei aber eine einige Gehilfschaft notwendig. Zum Schluß wies der Vorsitzende noch auf die Abwehrfront der Arbeiterschaft, die „Eiserne Front“, hin und forderte jeden Kollegen auf zum Kampf gegen den Faschismus.

Hilmsberg-Gürtel. In unserer Generalversammlung am 14. Februar ehrte Vorsitzender G r ö s c h das Andenken der im abgelaufenen Geschäftsjahr verstorbenen Kollegen sowie des vor kurzem verstorbenen Kollegen Wilhelm K o s t. Für 25jährige und 50jährige Zugehörigkeit zur Organisation wurde einer Anzahl Kollegen Dank ausgesprochen und gewünscht, daß die jüngeren Kollegen dem Vorbild der Ältern nachzusehen mögen. Der Geschäftsbericht der Mitgliederschaft lag gedruckt vor, so daß sich die Verwaltung nicht zu geben brauchte, eine Stellungnahme hierzu wurde nicht gewünscht. Zur Wahl der Gesamtverwaltung wurden neue Vorschläge nicht eingebracht, und diese wurde einstimmig wiedergewählt. In den Präzisionsdruck wurde an Stelle eines zurückgetretenen Kollegen ein anderer vorgeschlagen. Alle übrigen Funktionen blieben die gleichen. Der Ortsbeitrag betrug bisher 40 Pf. und wurde auch einstimmig so belassen. Ein Antrag der Verwaltung bezüglich Ortsbeitrag an durchziehende ausgegliederte Kollegen wurde gutgeheißen. Die gut besuchte Versammlung nahm zur prinzipialseitigen Kündigung des Manteltarifs Stellung. Sie vertraut auf ihre Führer und erwartet von ihnen das Einsetzen aller Kräfte bei den Verhandlungen. Nun gab Kollege G r ö s c h noch ein kurzes Situationsbild von der gegenwärtigen politischen Lage und machte am Schluß seiner Ausführungen auf die „Eiserne Front“ aufmerksam, forderte die Kollegen auf, sich einzufügen und zur Verfügung zu stellen, um den tatsächlichen Hintermännern und ihrem Gefolge eine einzige „Eiserne Front“ entgegenzustellen.

Allgemeine Rundschau

Schwindelmander im Zeitungsgewerbe. Das Große Schöffengericht in Weiermünde beschäftigte sich dieser Tage mit einer für das Zeitungsgewerbe interessanten Betrugsaffäre. Angeklagt wegen fortgesetzten Betrugs war der Direktor der Niederelbschen-Druckerei-WG., Paul Mohr, und der Proturist genannter Firma, Heinrich Schäfer, weil sie in den Jahren 1925 bis 1931 den Kunden gegenüber die Auftragsziffer der im Verlag der genannten Druckerei erscheinenden (inzwischen eingegangenen) „Deutschen Fischerei-Zeitung“ mit 4000 angegeben hatten, während diese nur etwa im zehnten Teil der angegebenen Höhe gedruckt wurde. Der Staatsanwalt gefielte scharf das Verhalten der Angeklagten und bezeichnete die Tat als verzweifeltes Schwindelmander, das geeignet ist, das ganze Zeitungsgewerbe in Mitleidenschaft zu bringen. Er beantragte gegen Mohr fünf Monate und gegen Schäfer drei Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte Mohr zu 100 M. Geldstrafe, eventuell zwei Monate Gefängnis, Schäfer zu 70 M. Geldstrafe, eventuell zwei Wochen Gefängnis. Wir haben über diesen Fall im vorigen Jahr bereits in Nr. 78 des „Korr.“ berichtet. Mohr bezog als Direktor ein monatliches Gehalt von 1000 M. Die Löhne wurden in den letzten Jahren sehr unregelmäßig gezahlt. Als nun die Vorkaufsstände eine bedeutliche Höhe erreichten, stellten die Kollegen (süß Seher und ein Drucker) die Arbeit ein und klagten den Lohn beim Arbeitsgericht ein. Mohr, der den größten Teil der Aktien besitzt, ließ sich in der Druckerie fast nicht sehen, er erledigte die „geschäftlichen“ Angelegenheiten fast immer vom Stammtisch eines in der Nähe der Druckerei belegenen Restafrants aus. Der Gerichtsvollzieher war in der Druckerei ständiger Gast. In der Druckerei wurde jetzt eine Zeitschrift „Seefischerei-Rundschau“ im Vorhinein hergestellt. Die vertragsmäßige Vergütung hierfür war im Februar 1932 vom Finanzamt für Steuerrückstände, Steuerstrafen und nicht abgelieferte Lohnsteuern auf Monate hinaus gepfändet, so daß die Druckerei in Verfall geriet. Trotz dieser Verhältnisse ist der Herr „Direktor“ immer noch täglich am Stammtisch. Das Personal der Druckerei hat die Arbeit niedergelegt. Vor Annahme von Konditionsangeboten ist hiernit gewarnt.

Golddenbrillanstalt des Stahlhelms. In Nohra, einem kleinen Nest an der Landstraße Weimar—Erfurt, unterhält der Stahlhelm eine nationalistische Brutanstalt unter dem harmlos klingenden Namen „Mitteldeutsche Heimfule“. Es handelt sich dabei um eine Stahlhelmsgründung mit staatlischer Subvention vom Lande Thüringen. Ein Gerar Zeitungserbeleger und stammer Stahlhelmsmann hatte genügend Geld dazu übrig, zwei jüngere Gerar Kollegen auf seine Kosten die sogenannte Heimfule abholieren zu lassen. Der Kurzusbeitrag für einen zweiwöchigen Heimfulekurzus in Höhe von 10 M. pro Nase wurde ihnen von dem „menschenfreundlichen“ Buchdruckereibesitzer ausgehändigt, und da beide sowieso arbeitslos waren, führen sie — nichts Schlimmes ahnend — nach Nohra bei Weimar. Bald entdeckten unsere jungen Kollegen jedoch, daß die angebliche Sportfule lediglich eine Stahlhelms-Schnellbleiche war, die den militärischen Drill von Hakenkreuzjünglingen oder solchen, die es werden wollen, bezweckt. Es waren dort etwa 45 Kurzfisten aller Schattierungen. Als die beiden Kollegen den wahren Zweck des Stahlhelmsinstituts erkannt hatten, verzichteten sie natürlich auf die Ablegung einer „Heimprüfung“, sondern hielten nach Verlauf einer Woche einfach wieder ab. Der Mißbrauch der Jugend zu reaktionären Zwecken und die nationalistische Verhöhnung der Jugend hat einen Grad erreicht, der jeden darüber ernstlich Nachdenkenden mit banger Sorge erfüllen muß. So hat sich z. B. erst kürzlich in Hohenhameln bei Peine ein Schüler des dortigen Landeserziehungsheimes und Mitglied der Hitlerjugend, der 17jährige Untersekundaner Glahn, erkängt. Nach dem Bekanntwerden des Reichspräsidenten-Wahlsergebnisses hatte sich Glahn in zynischer Weise über den Reichspräsidenten, der am besten befähigt wäre, geäußert. Als er, von seinem Direktor zur Rede gestellt, seine frevelhafte Auffassung aufrechterhielt, teilte ihm der Anstaltsleiter mit, daß er das Erziehungsheim verlassen müsse. Kurze Zeit darauf fand man Glahn in einem Nebenbauwerk erhängt auf. Dieser traurige Fall sollte zu allseitiger Warnung dienen.

Sprachkurse in Berlin für Arbeiter und Angestellte. Anfang April beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorankurse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Nichtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandeln: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Sprachlehre und Satzlehre; Fremdwortkunde, „mir“ oder „nich“, grammatische Schwierigkeiten, Sachlehre, Anfertigung von Aufsätzen usw. Der Unterricht in diesem Kursus beschränkt sich nicht nur darauf, die groben Fehler der Sprachlehre zu bekämpfen, sondern will die Kurzusteilnehmer vor allem zu richtigem Sprechen und Schreiben der deutschen Sprache anleiten. Den Hörern wird somit die Möglichkeit gegeben, sich in diesem Kursus ein gutes Deutsch anzueignen. Zur Deckung der Ankosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 M. erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehmittler werden in allen Kurzen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin C 54, Rosenhaleer Straße 13. (Nahe der Stadthafen Brücke und der Untergrundbahn Weinmeisterstraße.) Das Schulbüro ist werktäglich außer Sonntags von 2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends geöffnet.

Vor einer Wende der Weltkonjunktur? In Deutschland, England, Schweden, Dänemark, den Vereinigten Staaten sind die Leihgelder der Notenbanken herabgesetzt worden. Der Weltmarkt weist also in diesen Staaten mit Ausnahme von Deutschland eine bemerkenswerte Flüssigkeit auf. Das englische Pfund steigt seit einigen Wochen ununterbrochen. Gegenüber dem bisher tiefsten Stand von 66 Proz. der Parität ist das Pfund bis auf 76 Proz. gestiegen. Wie schnell sich die innere Lage des Bundes gebessert hat, geht daraus hervor, daß das Schagamt und die Bank von England in verhältnismäßig kurzer Zeit nicht weniger als 33 Millionen Pfund Sterling ihrer Auslandskassen hinzugefügt konnten. Für die Abdeckung des restlichen Betrags

sind ausreichende Devisenreserven vorhanden. Eine Erhöhung der englischen Finanzen ist erkennbar. Die außerordentlichen Schwankungen des Pfundes sind aber für die englische Wirtschaft nicht gesund. In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit am 15. Februar zum Stillstand gekommen, immerhin erst auf dem Stand von 6,2 Millionen Arbeitlosen. Die laisonmäßige Entlastung des Arbeitsmarktes wird jetzt in allen europäischen Staaten einsehen. Die Eingliederung von Hunderttausenden von Arbeitskräften in den Produktionsprozeß ist naturgemäß für die Wirtschaft von nicht geringem Einfluß. Eine Million neuer Verbraucher vermag der Wirtschaft einen fühlbaren Anstoß zu geben. Wird die laisonmäßige Entlastung des Arbeitsmarktes noch künstlich durch zusätzliche Arbeitsbeschaffung verstärkt, so kann daraus eine gegenwärtige Entwicklung ihren Anfang nehmen. Ein weiteres Merkmal einer gewissen Besserung kann man in dem Tendenzwechsel bei einigen überseeischen Staaten erblicken. In Argentinien und Brasilien liegen deutliche Anzeichen einer günstigeren Entwicklung vor. Vor allem ist der Rückgang der Geschäftstätigkeit zum Stillstand gekommen, eine gewisse Konsolidierung ist eingetreten. In den übrigen Staaten sieht es weniger günstig aus. Dabei ist vor allem der Kampf der Nationen um den Weltmarkt ein bedeutungsvolles Symptom. Dieser harte Kampf um den Absatz kann weitgehend als der eigentliche Nährboden für die deflationistische Politik der Volkswirtschaften betrachtet werden. Weingleich es auch auf einzelnen Gebieten der Weltwirtschaft noch schimm genugsam aussieht, so bildet doch die Tatsache, daß der Schrumpfungsprozeß in Produktion, Umsätzen, Kaufkraft und Preisen in einigen Ländern sich nicht mehr fortsetzt, vielmehr ein Umschwung zum Besseren erkennbar ist, einen Hoffnungsstimmer.

Arbeitsbeschaffungspläne. Den zahlreichen Plänen zur Überwindung der Wirtschaftsnot wurde, wie schon kurz mitgeteilt, ein neuer Plan hinzugefügt, der vom Reichsarbeitsministerium ausgeht. Dieses glaubte sich dem Drängen großer Teile der Bevölkerung, der würgenden Deflation Einhalt zu gebieten, nicht mehr entziehen zu können. Der dem Reichskabinett vorgelegte Entwurf für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm soll sich hauptsächlich nach drei Gesichtspunkten auswirken: zusätzliche Arbeitsbeschaffung, Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes und Arbeitsförderung durch das Krimpergehime. Bei Durchführung dieses Programms hofft man 200 000 Arbeitslose für die Dauer eines Jahres direkt und etwa 400 000 weitere Arbeitslose indirekt zu beschäftigen. Es handelt sich um zusätzliche Aufträge bei der Reichsbahn und der Reichspost, um Bau und Regulierung von Landstraßen, um landwirtschaftliche Meliorationen, um den Bau von Kleinwohnungen und um Säuhmaßnahmen bei Wasserstraßen. Die Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes soll durch eine Erweiterung des Performentreffes erfolgen. Ferner soll die Dauer der Unterstützung der im Arbeitsdienst Beschäftigten über 20 Wochen hinaus verlängert werden. Das Krimpergehime hofft man hauptsächlich im Kohlenbergbau zur Anwendung bringen zu können. Das Reichsarbeitsministerium schätzt den Betrag, der zur Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsplanes notwendig ist, auf 1,2 Milliarden Mark. Das Reichsfinanzministerium und das Reichswirtschaftsministerium haben bereits ihre Stimme gegen den Plan erhoben, so daß man den Beratungen des Reichskabinetts mit einer gewissen Skepsis entgegensehen kann. Deffenungeachtet sieht man weitestens den Versuch, dem Problem der Arbeitsbeschaffung energisch zu Leibe zu gehen. Der Entwurf erfüllt die Hoffnungen der Gewerkschaften nicht. Immerhin ist es ein Versuch, der Beachtung verdient. Der außerordentliche Gewerkschaftskongress am 23. März wird höchstwahrscheinlich in Deutschland einbringlich zu Gemüte führen, daß Halbheiten bei der großen Arbeitslosigkeit in Deutschland keineswegs am Platz sind. Nur ernste Maßnahmen, von großzügigen Gesichtspunkten geleitet, vermögen zum Ziel zu führen.

Der Drang nach Beamtenstellungen. Die Leipziger Berufsberatung hat Aufzeichnungen gemacht über die Berufswünsche der Schüler höherer Lehranstalten. Danach streben von 851 Schülern, die einen Berufswunsch äußerten, 363 in Beamtenberufe, 104 in technische Berufe, 193 in kaufmännische Berufe und nur 46 in handwerkliche Berufe. Man ersieht hieraus, wie stark der Drang nach den Beamtenstellungen ist. Jeder verucht, möglichst eine feste Anstellung zu bekommen, da die schwauende Existenzgrundlage in Handel und Industrie den meisten als zu unsicher erscheint. Fest, treu und pensionsberechtigt lautet die Devise, innerhalb deren sich das Sinnen und Trachten vieler Menschen bewegt.

Arbeit in freier Natur als Lebensquelle. Jeder preußische Staatsbürger, der das hundertste Lebensjahr vollendet hat, wird seit 1925 von der Staatsregierung durch ein Geschenk besonders geehrt. Bis Ende 1931 find 141 Personen dieser Ehreung teilhaftig geworden. Im Durchschnitt wurden also 18 Personen im Jahr über 100 Jahre alt. Bei 128 Personen war der Geburtsjahrgang genau festgesetzt. Somit ergibt sich ein Durchschnitt von 3,4 Hundertjährigen auf eine Million Einwohner. Auf Ostpreußen entfallen 15,5 und auf die früheren Provinzen Posen und Westpreußen sogar 18 Personen auf je eine Million Einwohner. Die alten Leute waren in den meisten Fällen Landwirte oder landwirtschaftliche Arbeiter. Daraus ergibt sich die lebensverlängernde Wirkung der Beschäftigung in der freien Natur. Auf die Rheinprovinz entfallen nur 1,0 und auf die Stadt Berlin sogar nur 0,3 Hundertjährige auf eine Million. Von 122 Hundertjährigen in Preußen stammten 31 oder rund ein Viertel aus Städten und 91 oder rund drei Viertel vom Lande.

Weiteres Steigen des Großhandelsindex. Die für den 9. März errechnete Messiffer der Großhandelspreise ist gegenüber der Vorwoche um 0,4 Proz. auf 100,2 gestiegen. Während der Großhandelsindex an der Jahreswende auf 101 land, ging er bis Anfang Februar auf 99 zurück und floktierte nunmehr wieder bis auf 100,2. Wie das mit der Preisentlastungsaktion in Einklang gebracht werden soll, ist einfach löslichhaft.

Kleine politische Zeitnotizen. Der Termin für die Neuwahl des preußischen Landtages ist auf den 24. April festgelegt worden. Am gleichen Tage werden voraussichtlich auch in Bayern, Württemberg, Anhalt und andern Ländern Landtagswahlen stattfinden. — Die letzten Büro-

geführten Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz und die Wahlen im Saargebiet haben klare Abzugen an den politischen Radikalismus gezeigt.

Literarisches

„Handbuch der Nationalökonomie.“ Im Auftrag des Vorstandes herausgegeben von sechs führenden Vorstandsmitgliedern des Reichsindustriatoriums für Wirtschaftspolitik.

„Graphische Jahrbücher.“ Monatschrift für das gesamte graphische Gewerbe. (Früher „Evangelische Jahrbücher“.)

„Die graphische Kunst.“ Monatsschrift für die graphische Industrie. 6. Jahrgang. Nr. 2. Preis: Einzelheft 1.50.

„Vollst. - Arbeiterzeitung.“ Illustrierte Zeitung der Gewerkschaften. 70. Jahrgang. März 1932. Verlag von Georg Diefenbach.

„Die Sozialdemokratie und die Reparationen.“ Ein Überblick von Fritz Erbsland. Preis 1.50.

„Angewandte Sozialpolitik.“ Von Karl Kaufmann. Preis 2.00.

Verbandsnachrichten

3. Vierteljahr 1931. 1. Zeit- und 14. Freigangunterstützung erlitten 293 Mitglieder für 2041 Tage.

Table with columns: Stand am 1. 1. 1931, Zugang, Abgang, Stand am Ende des 3. Quartals. Rows include various regions like Bayern, Berlin, etc.

3. Geschäftsverkehr der Kaufverwaltungen. 7 Mandatgeber an die Mandatgeber, davon gingen ein auf den Bezirks- und 2 auf den Landesverband.

Heile- und Arbeitslosenunterstützung. Dresden. Das Verbandsbuch des Heil- und Arbeitslosenunterstützung...

Verammlungskalender. Berlin. Notationerversammlung am Sonntag, dem 20. März...

Der Osterfeiertage wegen müssen Nr. 25 und Nr. 26 bestimmten Tag früher fertiggestellt werden. Alle für Nr. 25 bestimmten Beiträge...

Verchiedene Eingänge

„Evangelische Mitteilungen.“ Zeitchrift des Bundesverbandes der Deutschen Buchdrucker. 50. Jahrgang.

„Die Gewerkschaften.“ Monatschrift für die Gewerkschaften. 70. Jahrgang.

„Die Sozialdemokratie.“ Ein Überblick von Fritz Erbsland. Preis 1.50.

Aus dem Inhalt der vorliegenden Nummer 23

Heft- und Abgang der Zeitungsverhältnisse. - Kommunale Arbeiterbewegung. - Eisenbahnen und der Sozialversicherung.

Anzeigenpreis: 15 Pf. die nebengefaltene Millimeterhöhe für Stellenanzeigen...

Advertisement for 'Anzeigen' (Advertisements) featuring various categories like 'Gratis', 'Freie Gedanken', 'Bierkrüge', 'Ecklinien', 'Berufskleidung', and 'Adolf Segeffe'.

Verlag: Treuhänderverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, S. m. b. H., Berlin SW 61, Dreibrundstraße 5.